

**Professor Dr. Erich Weede**

## **Mensch und Gesellschaft: Die Implikationen des Menschenbildes für die Gesellschaftsordnung**

### **1. Allgemeine Überlegungen**

Wer sich um Rationalität und die Erkenntnis der Welt, wie sie ist, bemüht, der muss die menschliche Neigung zum Irrtum, seine Fallibilität, zum Ausgangspunkt wählen. Das gilt unabhängig davon, ob man sich primär für eine Methodologie interessiert, die Erkenntnisfortschritt ermöglicht, oder für eine Wirtschaftsordnung, die eine möglichst gute Versorgung der Konsumenten ermöglicht, oder für eine politische Ordnung, die das friedliche Nebeneinander und Miteinander der Menschen ermöglicht. Weil Politik immer an staatlicher Macht und damit an einem „Monopol legitimer physischer Gewalt“ orientiert ist, ist damit schon angedeutet, dass die Rationalität in der Wissenschaft und in der Wirtschaft jederzeit durch die Politik gefährdet werden kann.

Der Nobelpreisträger Hayek ist so weit gegangen zu bekennen, „dass im Laufe eines langen Lebens meine Meinung über Regierungen ständig schlechter wurde: Je klüger sie zu handeln versuchen...umso mehr Unheil scheinen sie zu stiften.“ Gewaltmonopolisten können die Produzenten entmutigen und deshalb die Konsumenten verhungern lassen, wie nach dem sog. großen Sprung nach Vorn in China, wo mehr als 30 Millionen Menschen verhungert sind. Sie können diejenigen, die sich um Wahrheit bemühen, mundtot machen, einsperren oder ermorden lassen, wie bei Ketzerprozessen oder der heiligen Inquisition im christlichen Abendland. Autonomie für Wirtschaft und Wissenschaft mögen zwar Voraussetzungen für Rationalität in diesen Lebensbereichen sein, aber sie sind immer prekär, weil letztlich Zugeständnisse der Politik. Das gilt auch dann, wenn in einem System mit einander rivalisierender Staaten eine blühende Wirtschaft und Wissenschaft langfristig zur Überlebensfähigkeit des politischen Systems beitragen können. Kurzfristig dominieren die Machthaber. Mit Dahrendorf sollte man nicht vergessen: „Wo es Herrschaft gibt, gibt es auch Irrtum.“

Die Korrigierbarkeit von Fehlentscheidungen setzt voraus, dass niemand die Macht hat, einmal getroffene Entscheidungen gegen Kritik zu immunisieren. Die Chance, den Irrtum zu korrigieren setzt dezentrale, von einander unabhängige Entscheidungen voraus. Einen Beitrag zum Auffinden der Wahrheit kann nur derjenige leisten, der selbständig nach Wahrheit suchen darf und nicht das akzeptieren muss, was die Amtspersonen einer Kirche oder eines Staates ihm als Wahrheit vorsehen. Ähnlich kann zur besseren Versorgung der Bevölkerung mit Gütern vor allem derjenige beitragen, der unternehmerisch tätig werden darf, neue Produkte anbieten darf oder neue Produktionswege finden. Zumindest muss jedem selbst überlassen bleiben, ob man lieber unternehmerisch tätig wird oder seine Arbeitskraft einem Arbeitgeber unterstellt. Weil jede Ausweitung des Zugriffs der Politik und der Staatstätigkeit den Zentralisierungsgrad der Gesellschaft erhöht, trägt das notwendigerweise dazu bei, dass die Korrigierbarkeit von Fehlentscheidungen abnimmt. Legitimität der politischen Eingriffe in dem Sinne, dass sie von allgemeiner oder wenigstens breiter Zustimmung getragen werden, löst das Problem der Fehlerkorrektur nicht. Irrtümer werden durch zunehmende Popularität nicht harmloser, sondern gefährlicher, weil Widerspruch unwahrscheinlicher wird und mehr Mut erfordert.

In allen Lebensbereichen setzt rationale Praxis voraus, dass es Raum für die Korrektur von Fehlentscheidungen gibt. In dieser Hinsicht haben Preis- und Qualitätskonkurrenz auf dem Markt,

theoretische Kontroversen und möglichst gründliche Überprüfung von Theorien und Parteienwettbewerb in der Politik eine ähnliche Funktion. Wer teure Waren schlechter Qualität auf dem Markt anbietet, kann dem Wettbewerb nicht standhalten und wird als Anbieter eliminiert. Wer eine nichts-sagende oder falsche Theorie nach der anderen entwickelt oder wer bei der Überprüfung von Hypothesen immer wieder mit ungeeigneten Untersuchungsplänen und schlechten Daten arbeitet, wird in der Wissenschaft seinen Ruf ruinieren. Wer in der Demokratie ein politisches Programm verkündet, dass den Interessen der Wahlbevölkerung nicht gerecht wird, der wird abgewählt werden.

## **2. Freiheit, Verantwortung und Rationalität in der Wirtschaft**

Rationales Handeln ist in der Wirtschaft leichter als in anderen Lebensbereichen durchzusetzen. Wettbewerbsmärkte erzwingen Rationalität. Wettbewerbsmärkte kennen keine Zugangsschranken. Es sind freie Märkte, wo jeder die Freiheit hat, als Anbieter oder Käufer von Gütern oder Dienstleistungen aufzutreten. Grenzen dieser Freiheit beeinträchtigen den Wettbewerb und damit den davon ausgehenden Rationalitätsdruck. In diesem Sinne setzt Rationalität Freiheit voraus. Wer ohne Rücksicht auf Kosten und Erträge wirtschaftet, geht auf Wettbewerbsmärkten ohne Zugangsschranken unter. Weil Rationalität nicht ohne Freiheit existieren kann, muss sie auch immer mit Verantwortung gekoppelt sein. Dazu hat Hayek das Wesentliche gesagt: „Freiheit bedeutet nicht nur, dass der Mensch sowohl die Gelegenheit als auch die Last der Wahl hat; sie bedeutet auch, dass er die Folgen seiner Handlungen tragen muss und Lob und Tadel dafür erhalten wird. Freiheit und Verantwortung sind untrennbar.“ Dabei bedeutet Verantwortung letztlich, dass man für die Folgen seiner Handlungen verantwortlich gemacht wird, und nicht irgendeine Stellungnahme zum Problem der Willensfreiheit.

Während Hayek nur von der begrifflichen Dyade Freiheit und Verantwortung ausgeht, schlage ich vor, den Begriff der Rationalität hinzuzunehmen, womit eine Triade gegeben ist. Nur wer frei ist, hat die Möglichkeit, sich um optimale Zweck-Mittel-Zuordnung zu bemühen, also zur (Annäherung an) Rationalität. Nur wer für die Folgen seines Handelns (und Unterlassens) verantwortlich gemacht wird, hat den Anreiz sich um Rationalität zu bemühen bzw. dazu zu lernen. Im Gegensatz zum Wettbewerbsmarkt muss der Wohlfahrtsstaat nicht nur die Freiheit der Menschen, von denen einige einen Teil der Früchte ihrer Arbeit unter Androhung von Zwang aufgeben müssen, sondern auch deren Rationalität untergraben. Der Grundgedanke des Sozialstaates besteht ja darin, dass dem Erfolgreichen und Wohlhabenden genommen wird, um dem Erfolglösen und Armen zu helfen. Man könnte auch sagen, dass im Wohlfahrtsstaat der Erfolg durch Steuern bestraft und der Misserfolg durch Transfers belohnt wird. Rationalität lässt sich auf diesem Wege nicht fördern. Im Gegenteil: Je perfekter der Wohlfahrtsstaat wird, desto weniger lohnt sich Rationalität. Schlimmer noch: Auch die Erziehung der nächsten Generation zur Rationalität lohnt sich nicht mehr.

Mit der Triade von Freiheit, Verantwortung und Rationalität ist die Notwendigkeit von Anreizen schon impliziert. Adam Smith hat das besonders anschaulich ausgedrückt und dabei gleichzeitig auf die zentrale Rolle des Eigentums hingewiesen: „Jemand der kein Eigentum erwerben kann, kann auch kein anderes Interesse haben, als möglichst viel zu essen und möglichst wenig zu arbeiten.“ Auch dass das eigennützige Streben nach Vorräten, Waren, Eigentum oder Geld durchaus mit dem Interesse der Mitmenschen kompatibel ist, wird bei Smith ebenfalls schon klar erkannt, wo er schreibt, dass „der Mensch fast immer auf Hilfe angewiesen (ist, E.W.), wobei er jedoch kaum erwarten kann, dass er sie allein durch das Wohlwollen der Mitmenschen erhalten wird. Er wird sein Ziel wahrscheinlich viel eher erreichen, wenn er deren Eigenliebe zu seinen Gunsten zu nutzen versteht, indem er ihnen zeigt, dass es in ihrem eigenen Interesse liegt, das für ihn zu tun, was er von ihnen wünscht. Jeder, der einem anderen irgendeinen Tausch anbietet, schlägt vor: Gib mir, was ich wünsche, und du bekommst, was du benötigst.“

Eine auf Freiheit, Wettbewerb und Tausch aufbauende Gesellschaft fördert nicht nur den rationalen Einsatz knapper vorhandener Mittel zum Erreichen gegebener und von Individuum zu Individuum möglicherweise variierender Zwecke, sondern auch die Erfindung neuer Mittel. Dass eine auf Arbeitsteilung und Tausch aufbauende Gesellschaft zur Erfindung neuer Produktionsmöglichkeiten neigt, war schon Adam Smith bekannt, der einen Zusammenhang zwischen der Begrenzung der Arbeitstätigkeit auf einen bestimmten Gegenstand und der Suche nach effizienteren Lösungen aufgezeigt hat. Wer immer wieder dasselbe tut, kann durch Innovation mehr Arbeitserleichterung erreichen als derjenige, der von einem Arbeitsplatz zum anderen springt, dem eine bestimmte Innovation auch nur mal an einem seiner Arbeitsplätze und nicht immer wieder hülfe. Auch in der Marktwirtschaft geht es also um Erkenntnisfortschritt, nämlich um praktisch nutzbare Erkenntnisse.

Hayek verdanken wir die Einsicht, dass das Wissen eines jeden Individuums nur einer kleiner Teil des gesamtgesellschaftlich oder gar global vorhandenen Wissens ist: „Gegenüber der Gesamtheit des Wissens, das in einer dynamischen Zivilisation ständig verwendet wird, ist der Unterschied zwischen dem Wissen, das der Weiseste, und dem Wissen, das der Kenntnisloseste verwenden kann, verhältnismäßig bedeutungslos.“ Für uns alle gilt: Die meisten menschlichen Erkenntnisse befinden sich in fremden Köpfen und nicht im eigenen. Wenn das so ist, haben rationale Menschen ein eigennütziges Interesse daran, dass auch andere frei sind, ihr Wissen produktiv zu nutzen. Hayek betont: „Die Vorteile, die ich aus der Freiheit ziehe, sind daher weitgehend das Ergebnis des Gebrauchs der Freiheit durch andere und größtenteils das Ergebnis eines Gebrauchs der Freiheit, den ich selbst nie machen könnte. Es ist daher nicht notwendig der Gebrauch der Freiheit, den ich selbst machen kann, für mich der wichtigste. Es ist sicher wichtiger, dass alles von irgendjemandem versucht werden kann, als das wir alle dasselbe tun können.“ Im kognitiven Sinne sind wir nicht gleich, weil wir dasselbe oder auch nur annähernd gleich viel wissen, sondern weil wir gleichermaßen auf Wissen und Kenntnisse unserer Mitmenschen angewiesen sind.

Die Früchte des Wissens unserer Mitmenschen können wir allerdings nur genießen, wenn diese frei sind, für die Folgen ihres Tuns und Unterlassens verantwortlich gemacht werden und sich deshalb um Nutzenmaximierung bemühen, also ‚rational‘ sind. Gefährdet werden Freiheit, Verantwortung und Rationalität vor allem durch Machtkonzentrationen. Hayek verweist in diesem Zusammenhang auf „die Tatsache, dass wir dem Staat das Monopol legaler Zwangsausübung gegeben haben, ihn zur größten verbleibenden Gefahr für die persönliche Freiheit gemacht hat.“

Man kann das Ausmaß, indem eine Volkswirtschaft das Prädikat ‚frei‘ oder – was m.E. auf dasselbe hinausläuft – ‚kapitalistisch‘ verdient, in dem die Menschen für ihr Handeln verantwortlich gemacht werden und die Voraussetzungen für rationales Handeln im Alltag gegeben sind, auch quantitativ über Skalen wirtschaftlicher Freiheit erfassen. Dann lassen sich durch ökonometrische Forschungen folgende Hypothesen belegen: Je mehr wirtschaftliche Freiheit in einem Land herrscht, desto wahrscheinlicher wird es auch wohlhabend sein. Je mehr wirtschaftliche Freiheit in einem Land herrscht, desto wahrscheinlicher wird es eine hohe Wachstumsrate und eine niedrige Arbeitslosenquote haben. Je mehr ein Land das Ausmaß wirtschaftlicher Freiheit erhöht, desto höher wird wahrscheinlich seine Wachstumsrate sein. Aber mehr wirtschaftliche Freiheit trägt nicht zu mehr Einkommensungleichheit oder einer niedrigeren Lebensqualität bei. Diese Befunde sprechen dafür, dass sich wirtschaftliche Freiheit, Verantwortung und Rationalität für ihre Träger rentieren. Darüber hinaus gilt: Je freier ein Volkswirtschaft ist, desto geringer wird das Risiko der Verwicklung in Kriege oder Bürgerkriege.

### **3. Politik in der Demokratie**

In der Politik ist der Korrekturmechanismus die Abwahl der Regierenden. Wenn die Wähler mit den Leistungen der Regierung unzufrieden sind, dann können sie die Regierung bei der nächsten Wahl entlassen. In der Praxis funktioniert dieser Korrekturmechanismus allerdings ziemlich

schlecht. Denn in der Massendemokratie ist das Gewicht der eigenen Stimme so gering, dass viele Wähler sich gar nicht informieren und folglich bei der Wahl noch nicht mal die eigenen Interessen wahrnehmen können. ‚Public Choice‘-Ökonomen sprechen deshalb von rationaler Ignoranz. Außerdem ist zu befürchten, dass die Wähler als ökonomische Laien zu vielen zentralen Fragen der Wirtschaftsordnung ganz andere Vorstellungen als die Fachleute vertreten. Ökonomen halten viel von Knappheitspreisen und Freihandel, Laien halten davon wenig. Kündigungsschutz und Minimallöhne sind bei Laien viel beliebter als unter Ökonomen. Möglicherweise belohnen Wähler die Politiker sogar dafür, wenn sie sich ihren unrealistischen Vorstellungen über wirtschaftliche Zusammenhänge unterwerfen.

Mit der hier angedeuteten Demokratiekritik soll nicht der Wert der Möglichkeit zur Fehlerkorrektur alle vier Jahre bestritten werden. Aber die Mängel des politischen Korrekturmechanismus deuten zumindest an, dass man den marktwirtschaftlichen Korrekturmechanismus nicht außer Kraft setzen sollte, obwohl auch dieser nicht immer und überall gut funktioniert. Die meisten Leute wägen nun mal ihre Entscheidung bei der Wahl eines Neuwagens oder anderer Güter sorgfältiger ab als bei der Wahl einer politischen Partei. Der Markt muss nicht perfekt funktionieren, um neben der Politik seine Existenzberechtigung zu behalten.

Probleme zwischen Auftraggebern oder Prinzipalen und Beauftragten oder Agenten, also Prinzipal-Agent-Probleme, sind nirgendwo größer als in der Politik. In der Demokratie sind letztlich die Bürger und Wähler die Prinzipale. Die Politiker in Parlament und Regierung sind schon unsere Beauftragten oder Agenten. Innerhalb des Staatsapparates bzw. in der Bürokratie gibt es lange Auftragsketten, aber nur beschränkte Anreize für die Politiker, hier ihre Aufsichtsfunktion wahrzunehmen. Das wäre für die Beamten lästig. Auch Beamte sind Wähler. Deshalb wollen Politiker sie nicht unnötigerweise verärgern. Außerdem: Behörden sind nicht dem Wettbewerb unterworfen. Sie werden so gut wie nie aufgelöst und abgeschafft. Dieser Korrekturmechanismus fällt also aus. Weil Staat, Regierung und Bürokratie monopolistisch organisiert sind, gibt es auch weniger Vergleichsmöglichkeiten, um Leistungsschwächen auch nur frühzeitig zu bemerken. Fast kein Ökonom hält Staatsbetriebe für genauso effizient wie Privatbetriebe. Nur wenige Bürger haben viel Freude am Umgang mit der Bürokratie, sagen wir: ihrem zuständigen Finanzamt.

#### **4. Egoismus, Altruismus, Paternalismus**

Zusammen mit dem Kapitalismus und der Privatwirtschaft, die im traditionell etatistischen Deutschland nie wirklich populär waren, droht in der Finanz- und Wirtschaftskrise unserer Zeit das eigennützige Handeln in Misskredit zu geraten. Seit Adam Smith erwarten Vertreter der Marktwirtschaft ja vom Zusammenspiel eigennütziger Akteure auf dem Markt, dass damit den Konsumwünschen aller Beteiligten in einer arbeitsteiligen Wirtschaft gedient wird. Der Wettbewerb zwingt alle Marktteilnehmer so zu handeln, als ob sie den Konsumwünschen ihrer Mitmenschen dienen wollten. Die Institution des Marktes erlaubt uns, eigennützig zu sein und dennoch so zu handeln, als ob wir Altruisten wären und Interesse am Wohlergehen unserer Mitmenschen hätten. Gute Institutionen zeichnen sich genau dadurch aus, dass sie funktionieren, auch wenn die Menschen keine Heiligen sind. In der Politik gibt es kein Äquivalent zur unsichtbaren Hand. In Anbetracht der rationalen Ignoranz der Wähler gibt es zwar Anreize vom Gemeinwohl zu reden, aber, ob auch nur der Versuch diesem zu dienen immer zum Machterhalt beiträgt, ist unklar. Die Delegitimation des eigennützigen Handelns wird vermutlich eher zur Heuchelei führen als dazu, dass sehr viele von uns bald bessere Menschen werden.

Man kann in der Verteidigung des Eigennutzes sogar noch weiter gehen. Der Eigennützigste stellt nur bescheidene Ansprüche an seine kognitiven Fähigkeiten. Man beansprucht nur, seine eigenen Präferenzen zu kennen. Man sucht nur nach Mitteln, seine eigenen Präferenzen zu befriedigen. Je

umfassender aber der Altruismus eines Menschen wird, desto mehr Präferenzen anderer Menschen muss man kennen, desto mehr Mittel und Wege, auch diese Bedürfnisse zu befriedigen, muss man kennen. Kann ein Mensch das leisten? Entspricht das eigennützige Handeln der meisten von uns nicht viel besser den Grenzen unserer kognitiven Fähigkeiten? Vielleicht ist Eigennutz sogar eine Voraussetzung für Rationalität. Wer durch eigene Fehler eigene Ziele verfehlt, der spürt das, der leidet, der lernt dazu. Darf man das auch erwarten, wenn eigenes Handeln trotz bester Absichten Anderen nicht gut tut? Das kann man allzu leicht übersehen.

Außerdem: Wer glaubt besser zu wissen, was für einen Anderen gut ist als dieser selbst, erhebt einen Herrschaftsanspruch und bestreitet damit das Freiheitsrecht des Anderen. Das Verhältnis zwischen Staat und Bevölkerung sollte man nicht paternalistisch regeln. Wer ein Amt hat, wird dadurch nicht klüger. Es ist sogar zu befürchten, dass die Inhaber politischer Ämter nur weniger Zeit zum Nachdenken als Andere haben.

Selbst wenn der Staat im gemeinsamen Interesse der Bürger vorübergehend stabilisierend in die Finanzmärkte eingreift, sollte er uns möglichst bald wieder ganz gewöhnliche Eigennutzmaximierer auf Wettbewerbsmärkten sein lassen. Sonst überfordert er gleichzeitig sich selbst und uns. Selbst wenn es den Staaten des Westens gelingt, die Finanzmarktkrise nur in eine bald vorübergehende Rezession statt in eine langjährige Depression münden zu lassen, besteht die Gefahr, dass die damit verbundene Ausweitung der Staatstätigkeit, der Regulierung und der zunehmenden Staatsverschuldung unser Wirtschaftssystem krisenanfälliger machen. Wer die Entwicklung der Staatsausgaben seit dem Ende des 19. Jahrhunderts beobachtet, wird daraus ableiten müssen, dass eine Rücknahme von Staatsausgaben und Staatsaufgaben nur selten nachhaltig gelingt. Je größer der Einfluss des Staates auf die Volkswirtschaften ist, desto kleiner wird der Spielraum für viele kleine Fehler von selbständigen Eigentümer-Unternehmern, bei denen das Haftungsprinzip oder der Fehlerausgleich greifen kann, desto größer wird der Spielraum für große Fehler seitens einer Politik, die sich der Zuständigkeit für Alles oder dem Sozialismus nähert und immer mehr Selbständigen durch Überregulierung und Steuerlasten den Garaus gemacht hat.

Was haben diese Überlegungen mit dem Seminarthema und der Links-Rechts-Unterscheidung in der Politik zu tun? Für Wirtschaftsfragen, die im Mittelpunkt dieser Analyse stehen, ist die Antwort einfach: Grundsätzliche Irrtümer werden heutzutage immer von Linken vertreten, weil Linke die Rationalität von Wählern oder Politikern höher als die von Unternehmern, Produzenten oder Konsumenten einschätzen, weil Linke nicht die Affinität von Altruismus zu Ignoranz oder Heuchelei sehen. Auch manche Menschen, die sich selbst eher für ‚rechts‘ halten, sind nach ihren kollektivistischen Überzeugungen eigentlich Linke.